

Kameradschaft

Mitteilungsblatt

Aktiv



März/ April 2022 - Nr. 3/ 4

Aktuell—informativ—kritisch



Ukraine 2022: Schutz

**Der Präsidenten-
brief an die
Kameradschaften**

Seite 2

**Krieg in Europa-
Angriff auf die
Ukraine**

Seite 2-3

**Brennpunkte der
Weltpolitik: Der fin-
nisch-sowjetische
Krieg**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den
Kameradschaften**

ab Seite 13



Der Präsidenten- brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarter

Liebe Kameraden!

Trotz der dramatischen Ereignisse rund um Österreich (ich verweise auf die Analyse und Berichterstattung in dieser Zeitung) und obwohl die Corona-Pandemie noch einmal ordentlich für Verwerfungen gesorgt hat, muss es auch so etwas wie einen „normalen“ Gang des Lebens geben. Dazu gehört auch das Vereinsleben und dazu gehören unsere Zusammenkünfte. Unser Landesdelegiertentag wird am 14. Mai in Rauris stattfinden.

Die Festlegung der Anzahl der Delegierten wird Euch in Kürze zugehen. Wir können uns auf einen gut vorbereiteten und würdig durchgeführten Delegiertentag freuen. Wichtige Tagesordnungspunkte werden die anstehenden Berichte, eine Statutenänderung zur Einrichtung eines Organisationsreferates und natürlich die anstehenden Wahlen sein. Ich freue mich darüber, dass ich mich gemeinsam mit einem erprobten Team wiederum der Wahl stellen und Euch um Euer Vertrauen für eine weitere Funktionsperiode ersuchen darf. Wie in anderen Fällen, trifft dies auch auf den Salzburger Kameradschaftsbund zu: die Summe des Ganzen ist mehr als die Summe seiner Einzelteile. Daher freue ich mich, dass wir bisher in unserem Team so gut zusammengearbeitet haben und auch darauf, diese Zusammenarbeit -

Euer Vertrauen vorausgesetzt - fortsetzen zu können.

In Vorbereitung des Landesdelegiertentages wurde auch die Fahne des Salzburger Kameradschaftsbundes einer Restaurierung unterzogen. Es haben sich über die Jahre doch einige Schäden ergeben, die nun bei der Firma Fahnergärtner in Mittersill sachkundig behoben wurden, so dass die Landesfahne rechtzeitig zum Delegiertentag in neuem Glanz erstrahlen wird. Dafür gilt mein Dank unserem Kameraden Bezirksobmann Oberst i.R. Johannes Viehhauser, der es übernommen hat, diese Restaurierung anzubahnen und zu begleiten. Danken darf ich Bezirksobmann Viehhauser auch für die Bereitschaft den Landesdelegiertentag in seiner Heimatgemeinde Rauris zu organisieren und durchzuführen. Wer je einen Bezirkstag oder eine Jahreshauptversammlung in Rauris mitmachen durfte, der weiß, dass es hier besonders festlich wird und es auch an der Gemütlichkeit nicht fehlen wird.

Danken darf ich an dieser Stelle auch Carina Flöckner, welche die Sekretariatsarbeiten für den Delegiertentag trägt und Ute Huber, die als designierte Organisationsreferentin alle grundlegenden organisatorischen Fragen erledigt und nicht geruht hat, bis auch kleine Details einer strengen Prüfung standhalten. Einem guten Verlauf unseres Delegiertentages scheint also nichts mehr im Wege zu stehen. Es ist in diesen Tagen nicht immer einfach, sich eine optimistische Lebensauffassung zu bewahren. Trotzdem gilt es auch in dieser Zeit „Kameradschaft“ bewusst zu leben und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu wahren.

Das meint Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarter
Präsident

Krieg in Europa- Angriff auf die Ukraine

Bereits ab April 2021 hatte Russland damit begonnen Soldaten, Waffen und Gerät an der Grenze zur Ukraine zusammenzuziehen. Mitte Jänner 2022 waren laut New York Times mehr als 100.000 Soldaten in Grenznähe stationiert. Ab 18. Jänner 2022, es dürfte dies der Tag sein, an dem auf russischer Seite der endgültige Entschluss zum Angriff gefallen war, wurden zusätzliche Soldaten, Panzer, Geschütze und Iskander-Raketen nach Weißrussland verlegt, um im Februar ein gemeinsames Manöver mit den weißrussischen Streitkräften abzuhalten.

Die Kritik von Ukraine, EU, NATO und USA am russischen Vorgehen wurde in der Folge immer dichter und traten zu dieser Kritik konkrete US-Warnungen vor einem mit 16. Februar 2022 geplanten Angriffsbeginn auf die Ukraine hinzu. Bei einem Treffen im „Normandie-Format“ Ende Januar bekannten sich Regierungsvertreter aus Russland, der Ukraine, Deutschland und Frankreich zur 2020 vereinbarten Waffenruhe. Ein Folgetreffen am 10. Februar endete indes ergebnislos. Am 11. Februar begannen die gemeinsamen Militärmanöver von Russland und Weißrussland im Grenzgebiet zur Ukraine, deren planmäßiges Ende für den 20. Februar vorgesehen war. Am 12. Februar begann ein weiteres Manöver der Schwarzmeerflotte vor der Halbinsel Krim.

Westliche Regierungen begannen damit, ihre Bürger zum Verlassen der Ukraine aufzufordern, parallel dazu wurde die Stärke der NATO-Verbände, die in den östlichen Mitgliedsländern stationiert sind, erhöht. Am 18. Februar wurden Zivilisten aus den „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk mit der Begründung evakuiert, es gelte, einen Genozid an der russischstämmigen Bevölkerung zu verhindern. Am 19. Februar

fürten die russischen Streitkräfte Manöver unter Verwendung von ballistischen Raketen und nuklear bestückbaren Marschflugkörpern durch.

Schrittweise zur Eskalation

US-Präsident Joseph Biden brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass sich Präsident Putin längst zum Angriff entschlossen habe. Die Münchner Sicherheitskonferenz vom 18. bis 20. Februar diente westlichen Regierungsvertretern als Podium, um Russland, das an der Konferenz nicht teilnahm, zum Einlenken aufzufordern. Die Konsequenz eines Einmarsches in die Ukraine würden schwere Wirtschaftssanktionen sein. Gleichzeitig erneuerte US-Außenminister Antony Blinken aber auch die Bereitschaft zu Verhandlungen.

Am 21. Februar sollte dann die nächste Stufe der Eskalation beschritten werden: Die Anführer der prorussischen Separatisten und das russische Parlament forderten die Anerkennung der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk. Noch am selben Tag folgte Präsident Putin dieser Aufforderung durch Unterzeichnung eines entsprechenden Ukas. In seiner folgenden rund einstündigen Fernsehansprache bestritt Putin Angriffsabsichten und machte seinerseits die NATO und deren Osterweiterung für die Krise verantwortlich. Die Bestrebungen der NATO und der USA seien für Russland eine existentielle Bedrohung. Indirekt stellte er die Existenzberechtigung der Ukraine in Frage und verlangte „Sicherheitsgarantien“ der NATO sowie den Abzug von Truppen und schweren Waffen aus den ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten. Die NATO erteilte derartigen Forderungen Russlands unter Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der angesprochenen Staaten eine klare Absage. Ungeachtet dessen



Abgeschossener russischer T72-Panzer.

gab Putin der russischen Armee den Befehl nach Donezk und Lugansk vorzurücken. Bereits am 22. Februar wurde von den westlichen Staaten mit verstärkten Sanktionen reagiert und das Genehmigungsverfahren für die Pipeline „Nord-Stream 2“ ausgesetzt. Dies war jedoch nicht geeignet Wladimir Putin von seinem Angriffentschluss abzubringen.

Der Krieg beginnt-kein „Blitzsieg“

In den frühen Morgenstunden des 24. Februar begann das, was Präsident Putin in seiner morgendlichen Fernsehansprache als „militärische Spezialaktion“ bezeichnete und u.a. so rechtfertigte: „Ziel ist es, die Menschen zu schützen, die seit acht Jahren von dem Kiewer Regime misshandelt und ermordet werden. Und zu diesem Zweck werden wir uns um die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine bemühen und diejenigen vor Gericht stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich der Bürger der Russischen Föderation, begangen haben.“ Putin hatte es auf einen Blitzkrieg und einen Regimewechsel in Kiew angelegt. Die Absicht, mit einer Luftlandung nordwestlich von Kiew, einen harten und kurzen Schlag auf die Hauptstadt vorzubereiten, durch diesen die Regierung festzunehmen und auszuschalten und durch ein genehmes Regime (Janukowitsch?) zu ersetzen, schlug gründlich fehl. Offensichtlich verfügte die Regierung in Kiew über entsprechende nachrichtendienstliche Informationen über die russischen Absichten.

Die russische Luftlandung erfolgte mitten in eine Truppenkonzentration der ukrainischen Armee, welche diese Luftlandung in kurzer Zeit unter schweren russischen Verlusten zerschlagen konnte. Auch an den übrigen Frontabschnitten sah sich die russische Armee, die offensichtlich mit einem „Spaziergang“ unter dem Jubel der Bevölkerung gerechnet hatte, mit zähem Widerstand der ukrainischen Kräfte konfrontiert. Bis zum 19. März waren bereits fünf hochrangige russische Generäle im Gefecht gefallen: Generalmajor Andrej Suchowetskyj (28. Februar), Befehlshaber einer Luftlandedivision, Generalmajor Witalij Gerassimow (8. März), Stabschef und erster stellvertretender Kommandeur der 41. Armee, Generalmajor Andrej Kolesnikow (12. März), Kommandant der 29. Armee, Oleg Mitjajew, Kommandant der 150. Mot-Schützendivision der 8. Gardearmee und Generalleutnant Andrej Mordwitschew (19. März), Kommandant der 8. Armee. Dazu kamen mehrere Oberste u.a. Sergej Sucharew, Kommandant einer Marineinfanteriebrigade und Kapitän 1. Klasse Andrej Palij, stellvertretender Kommandant der Schwarzmeerflotte.

Mangelnde Moral und Logistikprobleme

Der Verlust dieser hochrangigen Offiziere offenbart indirekt ein Manko der russischen Armee: die Offiziere dürften beim Versuch gefallen sein, die feststeckenden russischen Truppen durch ein „Führen von vorn“ wieder voranzureißen. Gefallen sind diese Generäle an verschie-

denen Frontabschnitten. Dies steht sinnbildhaft für das Stocken der russischen Offensive im Norden um Kiew und im Osten um Charkow. Einige Gebietsgewinne konnten allerdings im Donezk gemacht werden und vor allem im Süden, entlang der Küste des Asowschen und Schwarzen Meeres. Cherson konnte an diesem Abschnitt genommen und Mariupol eingeschlossen (Stand 21.3.) werden. Die Erfolge, welche die russische Armee vor allem im Süden bzw. bisher großteils nur in Abschnitten von rund 140 Kilometern von den Ausgangsbasen entfernt, verbuchen konnte, zeigten ein weiteres Defizit der russischen Kriegsführung auf: die Logistik! 140 Kilometer entsprechen nach westlichen Berechnungen der maximalen Reichweite der Russen, um ihre Verbände noch vollständig von eigenen Logistikbasen aus versorgen zu können. Reduziert wird diese Reichweite in der Praxis oftmals durch einen nicht idealen Verlauf und Zustand der Straßen.

Es bedürfte also ausreichend starker Logistikverbände um Treibstoff und Nachschub nachführen zu können. Allerdings sind die Logistikkräfte der russischen Armee nicht auf große Bodenoffensiven, weit entfernt von einem Eisenbahnknoten, ausgelegt. Dazu kommt noch zusätzlich erschwerend, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die benötigte Eisenbahninfrastruktur weitgehend still-gelegt wurde. Eisenbahnwagen für den Panzertransport wurden verschrottet, Umschlagpunkte aufgelassen. Zwar wurde dieses Manko bei der Annexion der Krim 2014 erkannt, die Zeit reichte aber seither nicht, um Versäumtes aufzuholen. Zwar wäre eine Nutzung der ukrainischen Umschlagplätze möglich, diese liegen jedoch sämtlich in den größeren Städten, welche die russischen Streitkräfte bisher nicht einnehmen konnten. Lediglich Cherson und Melitopol im Süden mit den jeweiligen Bahnhöfen konnten unter Kontrolle gebracht werden, was den relativen Erfolg im Südabschnitt, aber auch das verbliebenen Ringen um das im russischen Versorgungsnetz fehlende

Verbindungsglied Mariupol erklärt.

Perspektive Abnutzungskrieg

Die Ukrainer ihrerseits haben die russische Achillesferse erkannt und haben bisher äußerst wirksame Schläge gegen den russischen Nachschub geführt. Bereits in den ersten Kriegstagen zerstörten sie zwei Tank-Züge nahe der Krim mit TB 2 („Bayraktar“-)Drohnen. Manche Verbände der Ukrainer, die von den Panzerspitzen überrollt wurden, legten entgegen den russischen Annahmen nicht die Waffen nieder, sondern begannen im Hinterland Jagd auf russische Versorgungskolonnen zu machen. Die Folge: An zahlreichen Abschnitten blieben russische Verbände auf Grund des fehlenden Nachschubs liegen, der Zeitplan ist nicht mehr zu halten. Ein militärischer Sieg der russischen Armee und eine Kapitulation der Ukraine erscheinen zwar nach wie vor nicht ausgeschlossen, sind jedoch ein Stück weit unrealistischer geworden. Ebenso unwahrscheinlich ist es, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenkskij, der erst durch das Vorgehen Putins zu einer Ikone des Widerstandes wurde, aufgibt und auf die russischen Forderungen eingeht. Da die Zeit für die Ukraine zu arbeiten scheint, gerät nun der Angreifer selbst in Bedrängnis und kann in weiterer Folge sogar das Überleben des Systems Putin als fraglich angesehen werden. Unter diesem Aspekt könnte zwar eine Art Kompromissfriede möglich erscheinen. Genauso wahrscheinlich ist es jedoch, dass sich der Krieg in der Ukraine noch wochen- oder auch monatelang in die Länge zieht und zu einem Abnutzungskrieg wird. Das Heranziehen weiterer russischer Verbände aus dem Kaukasus und Fernost, das Anwerben von Söldnern aus Syrien, westliche Waffenlieferungen und das zähe Durchhalten der Ukraine scheinen in diese Richtung zu deuten. Eine jederzeit mögliche Eskalation durch Verwendung immer brutalerer Mittel und entsprechende Opferzahlen wären zwangsläufiger Bestandteil einer solchen Entwicklung.



Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident
Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

Der Morgen des 24. Februar 2022 war nicht nur der Beginn des russischen Angriffes auf die Ukraine. Das war viel mehr ein Weckruf an die bisherige österreichische Sicherheitspolitik, sofern unsere halbherzigen Maßnahmen die Bezeichnung „Sicherheitspolitik“ überhaupt verdienen. Die wehrpolitischen Verbände dieses Landes, unter diesen auch der Österreichische

Kameradschaftsbund, haben sich da nichts vorzuwerfen. Wir haben seit Jahr und Tag immer wieder die bestehenden Defizite aufgezeigt. Nicht nur in budgetärer Hinsicht. Denn, dass das Bundesheer dringend mehr Geld braucht, ist der Politik in Wien ausreichend bekannt. Zuletzt hat der Chef des Generalstabes, General Robert Brieger, dargestellt, was alles fehlt und wo daher überall Handlungsbedarf besteht. Auch in punkto Wehrsystem haben wir wiederholt aufgezeigt, dass das Bundesheer nicht dem Verfassungsgebot entspricht, das für das Bundesheer ein Milizsystem verbindlich vorschreibt.

Dieses Milizsystem ist nur dann umzusetzen, wenn die Milizverbände in der Volltruppe üben können. Auch hier fehlt es weit. Und dann ist in den letzten Tagen wieder die Debatte um die österreichische Neutralität aufgeflammt. Diese Neutralität – auch wenn Österreich sie aus „freien Stücken“ erklärt hat, war

der Preis für den Staatsvertrag 1955. Das ist unbestreitbar. In den Jahren danach wurde um diese Neutralität dann ein regelrechter Mythos gesponnen. Die Erzählung ging in die Richtung, dass Österreich nicht angegriffen werden dürfe, weil es ja neutral sei, uns die Neutralität daher per se schützen würde. Genährt wurde diese Erzählung durch die Erfahrungen aus dem Kalten Krieg, als Österreich im Windschatten der beiden Militärpakte mitsegelte und de facto vom Schutz des NATO-Abweherschirmes profitierte. Ich muss derartigen Mythenbildungen ganz deutlich einen Widerspruch entgegensetzen: die Neutralität ist ein völkerrechtlicher Status, der nur so gut und wirksam ist, wie dieser auch glaubwürdig umgesetzt wird. Und damit ist ganz klar auf die militärische Komponente zu verweisen: eine Neutralität, die nicht militärisch geschützt wird, ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht. Wer hier Zweifel hat, der möge doch

bitteschön in der Schweiz nachfragen! Mit anderen Worten: Nicht die Neutralität schützt uns, sondern wir müssen glaubwürdige Anstrengungen unternehmen, unsere Neutralität zu schützen! Sonst wird das Ganze nichts bringen. Wenn also Bundeskanzler Nehammer die Diskussion rund um unseren Neutralitätsstatus für beendet erklärt, dann mag das dem Empfinden der Mehrheit der Bevölkerung, der Mythenbildung um die Neutralität oder auch den tatsächlich gemachten historischen Erfahrungen entsprechen.

Nichts ändert das aber daran, dass Österreich in seine Sicherheit deutlich mehr investieren muss. Nicht irgendwann, nicht irgendwas, sondern zielgerichtet und verdammt rasch! Das meint Euer!

Euer
Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

„Es herrscht Krieg in Europa“

Generalleutnant Alfons Mais, Inspekteur der Bundeswehr schrieb am 24. Februar: „Du wachst morgens auf und stellst fest: Es herrscht Krieg in Europa. Gestern haben wir im Heer einen „Tag der Werte“ durchgeführt. Im Kern stand die Frage „wofür dienen wir?“ Nie war es einfacher der Generation, die den Kalten Krieg nicht mehr erlebt hat, das zu verdeutlichen.“

Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da. Die Optionen, die wir der Politik zur Unterstützung des Bündnisses anbieten können, sind extrem limitiert. Wir haben es alle kommen sehen und

waren nicht in der Lage mit unseren Argumenten durchzudringen, die Folgerungen aus der Krim-Annexion zu ziehen und umzusetzen. Das fühlt sich nicht gut an! Ich bin angefressen! Noch ist NATO Territorium nicht direkt bedroht, auch wenn unsere Partner im Osten den konstant wachsenden Druck spüren. Wann, wenn nicht jetzt ist der Zeitpunkt, den Afghanistaneinsatz strukturell und materiell hinter uns zu lassen und uns neu aufzustellen? Sonst werden wir unseren verfassungsmäßigen Auftrag und unsere Bündnisverpflichtungen nicht mit Aussicht auf Erfolg umsetzen können.“ Die deutsche Politik hat rasch reagiert: Am 27. Februar kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ein 100 Milliarden Euro-Paket für Investitionen in die Bundeswehr an. Außerdem soll der Verteidigungsetat von nun an jedes Jahr mehr als zwei

Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. In Österreich? Generalstabschef Robert Brieger definiert den Investitionsbedarf für die nächsten zehn Jahre mit sechs bis zehn Milliarden Euro, um alle für die Landesverteidigung benötigten Waffengattungen wieder instand zu setzen. Es gebe beim Bundesheer „keinen Bereich, wo es keinen Modernisierungsbedarf gibt“, sagte er. Benötigt werden unter anderem Investitionen im Bereich der Infanterie, Flieger- und Drohnenabwehr und in aktive Luftraumüberwachung. „Wir brauchen Schutz und Beweglichkeit der Infanterie, eine Erneuerung der Hubschrauberflotte, die eingeleitet ist, aber noch ergänzt werden könnte.“ Das Heer benötige dringend Drohnen- und Drohnenabwehr, Fliegerabwehr mittlerer Reichweite, eine Revitalisie-

rung (...) der in die Jahre gekommenen Panzer sowie Investitionen in die passive und aktive Luftraumüberwachung sowie in moderne Munition.“ Und wenn genug Geld da wäre, mache eine Zweiflotten-Lösung Sinn. So könne man für das Training der Piloten von den teuren Eurofighter-Flugstunden wegkommen.“ Schauplatzwechsel in den Nationalrat: Ein von der FPÖ eingebrachter Entschließungsantrag zum Stopp der laufenden Heeresreform, für ein Sonderinvestitionspaket und die Anhebung des Verteidigungshaushaltes auf 1 % des BIP, unterstützt von SPÖ und NEOS, wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt. Wie heißt es so schön: Die Hoffnung stirbt zuletzt!





Sicherheit ist eine Gewährleistungspflicht des Staates.

Der Bürger hat ein Recht darauf!

Man mag die Aufgaben eines souveränen Staates noch so liberal denken – sie bleibt im Kern der Staatsaufgaben zentrale Gewährleistungspflicht. Im Inneren wie im Äußeren. Wer, wenn nicht er. Wer sonst sollte diese Aufgabe wahrnehmen? Hierzu bedient er sich verschiedener Strategien. Idealtypisch gemeinsam im Verbund mit anderen, kooperativ, kollektiv, bündnisfrei oder neutral. Zumindest zwei Eigenschaften in sämtlichen Strategien gilt es dabei, besondere Beachtung zu schenken: Nicht erst seit dem Charles de Gaulle zugeschriebenem Diktum, dass Staaten keine Freunde, nur Interessen hätten und zweitens, dass das Prinzip „pacta servanda sunt“ nicht immer eingehalten wird. Für beide Eigenschaften lehrt uns Geschichte und Gegenwart, dass selbst internationale Verträge nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben stehen und es mitunter Jahre dauert, bis ein geschädigter Vertragspartner – sofern er noch existiert – zu seinem Recht kommt.

„Dolce far niente“ diverser Verteidigungspolitiker?

Seit vielen Jahren ist den Aussagen verantwortlicher Politiker und Militärs zu entnehmen, dass unser Heer alle in unserer höchsten Rechtsnorm, der Bundesverfassung, festgeschriebenen Aufträge erfüllen könne. Dabei bediente man sich der Methode, diese Aufträge zu interpretieren (militärische Aufgabe wurde der Schutz und nicht mehr Verteidigung) und „übersah“ grob fahrlässig jahrzehntelang die personelle und materielle Ausstattung unseres Heeres. Das ist Fakt. Wie sonst ist ein Nachholbedarf bei Mannesausrüstung, Waffensystemen, Fluggerät und Fahrzeugen in Höhe von 16 Milliarden Euro zu erklären. Die Heeresstärke wurde mit 55.000 Soldaten festgelegt. Die Wirklichkeit beträgt einen Bruchteil, dieser Menge. Tendenz schrumpfend.

Offenbar haben politische Positionseliten in der Wehrprogrammatische Opportunitätsgehebe zum Regierungsprinzip erhoben und sich seit Anfang der 90er Jahre unter dem Kapitel der militärischen Landesverteidigung selbstbetrügerischen Träumen hingegeben. Keine Eliten, Positionseliten halt. Nunmehr werden sie durch den Krieg in der Nachbarschaft zur „Tagwache“ gerufen und entdecken ihre und ihrer Amtsvorgänger Verantwortungslosigkeit eines „dolce far niente“ in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



Darabos/Platter in fröhlicher Eintracht ©BMLV/HBF

Wer zählt die Völker, nennt die Namen?

Man muss Schillers Kraniche des Ibykus nicht auswendig gelernt haben. Mancher in der Leserschaft mag sich vielleicht erinnern, dass in der Ballade im antiken Griechenland das zu „Poseidons Feste“ versammelte Volk wütend die Mörder des Ibykus zum Prytanen (Anm.: dem Einzelamtsträger oberster Regierungsgewalt) schleppte, um der gerechten Strafe zuzuführen. Straftäter, die – zunächst unerkannt – sich provoziert vom Geschrei der Kraniche selbst verraten. „... Man reißt und zerrt sie vor den Richter, Die Szene wird zum Tribunal, Und es gesteh'n die Bösewichter, Getroffen von der Rache Strahl.“

In Sachen Wehrpolitik erinnere ich stellvertretend für eine ganze

Reihe (sie hatten ja auch Paladine) an zwei Herrschaften, die in so manchen Stammtischrunden zu fortgerückter Stunde als „Totengräber“ oder gar „Mörder des Bundesheeres“ bezeichnet werden. Ohne Kraniche und nicht zu „Poseidons Feste“. Zu Recht?

Konsequenzen?

Um nicht missverstanden zu werden – ich fordere kein Tribunal, ebenso wenig Gewalt gegen die Übeltäter. Während in vielen Staaten Landesverrat einen strafrechtlichen Tatbestand

Grundsätzen des Milizsystems zu organisieren, einen „tödlichen Dolchstoß“ versetzte. (Anm.: die diesbezügliche zu hinterfragende Wehrgesetznovelle erfolgte erst lange Zeit danach und brachte „Milizübungen“ für Freiwillige bzw. eine unexekutierbare „12-Prozentklausel“ für den Fall einer unzureichenden Anzahl Freiwilliger). Selbiger Minister verhinderte auch die Ausstattung der von ihm bestellten Abfangjäger mit entsprechenden Lenk Waffen.

Im selben Maße gilt dies für einen seiner Nachfolger, der eine „in Stein gemeißelte allgemeine Wehrpflicht“ in ein Berufsheer umwandeln wollte und dabei offenbar übersah, dass er nicht der politische Primat war (Anm.: Eigenzitat Darabos in einer ORF Debatte um die gesetzwidrige Suspendierung des Generalstabschefs), sondern dieses allemal beim Gesetzgeber lag und weiterhin liegt. „Die technische „Abhalfterung“ (Nachtsichtfähigkeit, Radarerfassung u.a.m.) sorgt heute noch für Kopfschütteln. Die notwendige Nachrüstung zur gebotenen Überwachung des Luftraums während der Nacht kostet ein Vielfaches der ursprünglich vereinbarten Vertragssumme. Und die Liste der Versäumnisse ließe sich fortsetzen.

Bella gerant alii ...

Es ist eine Tragödie, wenn in der Ukraine ein verbrecherischer Krieg geführt wird. Es ist aber ebenso eine Tragödie, wenn es in Österreich Volksvertreter und Regierungsmitglieder gibt, die erst jetzt das Politikfeld der Landesverteidigung entdecken und in der Debatte einmal mehr die Sache hinter ihre parteipolitischen Ziele oder gar persönliche Karrierepläne reihen. Schon einmal musste ein österreichischer Bundeskanzler mit tränenreicher Stimme rufen: „Gott schütze Österreich!“
M. Gänsdorfer